

LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL
OLAF WIENTZEK
MICHAEL HERRMANN

Mai 2013

Kurswechsel in der Energie- und Steuerpolitik?

EUROPÄISCHER RAT VOM 22. MAI 2013

www.kas.de/bruessel

Beim Europäischen Gipfel am 22. Mai standen die Energie- und Steuerpolitik im Vordergrund. Bei genauerer Beobachtung des Gipfelverlaufs wird deutlich, dass beide Themenkomplexe unter den Gesichtspunkten Wirtschaftswachstum bzw. Haushaltkskonsolidierung behandelt wurden. Bei den Diskussionen zur Energiepolitik lag der Schwerpunkt vor allem auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und weniger auf dem Klimaschutz. In der Steuerpolitik möchten die Staats- und Regierungschefs die aktuelle Lage nutzen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung auf den Weg bringen. Damit könnte die Haushaltkskonsolidierung unterstützt werden. Die Schlussfolgerungen waren im Vorfeld auf verschiedenen Arbeitsebenen vorbereitet worden, wodurch beim Treffen selbst Zeit für einen thematischen Austausch blieb. Syrien und die künftige Größe der Europäischen Kommission wurden am Rande ebenfalls behandelt.

a) Energiepolitik

Kommissionspräsident José Manuel Barroso¹ und Ratspräsident Herman van Rompuy² haben in ihren Einladungsschreiben die strategische Diskussion der Zielsetzungen der Energiepolitik als Priorität für das Gipfeltreffen angekündigt. Die Schlussfolgerungen

zielen auf die Erreichung eines sicheren, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Energiesystems. Priorisierte Themen waren Energiebinnenmarkt, Investitionen, Diversifizierung und Energieeffizienz, wobei die Beantwortung offener Fragen (Stichwort Fracking und staatliche Investitionsausgaben) aufgeschoben wurde. Bemerkenswert ist, dass der Fokus fast ausschließlich auf einem möglichen Beitrag der Energiepolitik zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und nicht dem Klimaschutz lag.

Hintergrund

Verfolgte man die Reden des EU-Kommissars für Energie, Günther H. Oettinger, über einen längeren Zeitraum, so lies sich erahnen was mit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs zur Gewissheit geworden ist: Oettinger spricht schon seit Monaten davon, dass neben den 20-20-20 Energiezielen bis 2020 auf die europäische Wirtschaft stärker Rücksicht genommen werden müsse. In den vergangenen Jahren stand die Energiepolitik im Dienste des Klimaschutzes. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise scheint sich nun die Balance auf Kosten nachhaltiger zugunsten wettbewerbsfähiger Energie zu verschieben.

Europa deckte 2011 ca. 85 Prozent seines Öl-, rund 67 Prozent des Gas- und ungefähr 62 Prozent des europäischen Kohlebedarfs (Steinkohle und Nebenprodukte) durch Importe ab. Durch die hohe Importabhängigkeit konkurrieren die Mitgliedstaaten auf den Energierohstoffmärkten mit den aufstrebenden Wirtschaftsmächten und deren Energiebedarf. Der externe Wettbewerb wird künftig zunehmen: Einer Schätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) zufolge wird der Energiebedarf bis 2035 weltweit um rund ein Drittel zunehmen. China, Indien und der Niedrige und Mittlere Os-

¹ Schreiben Barrosos an die Mitglieder des Europäischen Rats:
http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/letter_to_the_european_council_de.pdf.

² Invitation letter by President Herman Van Rompuy to the European Council:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cm_data/docs/pressdata/en/ec/137152.pdf.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

MICHAEL HERRMANN

Mai 2013

www.kas.de/bruessel

ten beanspruchen davon 60 Prozent für sich.

Aber bereits heute gibt es signifikante globale Energiepreisunterschiede: Vor allem die Erschließung bisher unzugänglicher Schiefergasvorkommen durch das sogenannte Fracking hat dazu geführt, dass in den USA die Energiepreise für Privathaushalte bei nur ca. einem Drittel und für Industriekunden bei rund der Hälfte des EU-Niveaus liegen. Die dadurch in der EU höheren Produktionskosten haben einen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Oettinger fürchtet dadurch eine allmähliche Deindustrialisierung des Standorts Europäische Union.

Zielsetzung vor dem Gipfel

Nach dem Treffen im Februar 2011³ war dies bereits das zweite, welches sich mit der europäischen Energiepolitik befasste. Barroso und van Rompuy forderten im Vorfeld eine Anpassung der damals verabschiedeten Leitlinien: Im Fokus standen Möglichkeiten zur Vollendung eines funktionierenden und vernetzten Energiebinnenmarkts, zur Schaffung eines besseren Investitionsklimas, zum Vorantreiben der Diversifizierung der Energieversorgung (Energieressourcen, weltweite Energielieferanten und Importwege) sowie zur Steigerung der Energieeffizienz. Diese Elemente würden, so Barroso in seinem Einladungsschreiben, „zur Stärkung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, zum nachhaltigen Wachstum, zur Bewältigung der Veränderungen in der globalen Energielandschaft und zur Eindämmung der Energiepreise“ beitragen.

Ein Austausch über die strategische Ausrichtung der Energiepolitik war das Ziel. Eine schriftliche Zusammenfassung der Kommission⁴ und eine Präsentation von Barroso⁵

3 Länderbericht zum Europäischen Rat am 04.02.11:
<http://www.kas.de/bruessel/de/publications/21830/>.

4 Beitrag der KOM zur Tagung des ER am 22.05.13:
http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/energy2_de.pdf.

5 Präsentation von J.M. Barroso auf der Tagung des ER am 22.05.13:
http://ec.europa.eu/commission_2010-

bildeten die Gesprächsgrundlage. Van Rompuy plant im Verlauf des Jahres die Diskussion weiterer sektoraler Themen auf Rats-treffen.

Keine konkrete Erwähnung fanden klimapolitische Gesichtspunkte, wie z.B. das im März von der Kommission veröffentlichte Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“⁶.

Schlussfolgerungen

Die Schlussfolgerungen dienen als Leitlinien und politisches Signal für die kommenden Monate und sind entsprechend umfangreich. Die Elemente im Einzelnen sind:

1) Vollendung des Energiebinnenmarkts: Ziel ist es, alle Mitgliedstaaten in einen gemeinsamen Energiebinnenmarkt zu integrieren und durch Deregulierung die Marktoffnung voranzubringen. Besonders die Umsetzung der Legislativakte des dritten Energiepakets soll für Preiswettbewerb sorgen. Durch einen integrierten Energiebinnenmarkt lassen sich außerdem Mechanismen zur Kapazitätssicherung und gegen ungeplante Stromflüsse mit der Förderung erneuerbarer Energien (EE) leichter vereinbaren. Anfang 2014 wird die Kommission hierüber Bericht erstatten.

2) Erleichterung von Investitionen: Da der Energiebinnenmarkt entsprechende Forschung und Entwicklung sowie Energieinfrastruktur voraussetzt, spielen höhere Investitionen in diesen Bereichen eine zentrale Rolle. Diese sollen überwiegend von den Märkten und nicht von staatlicher Seite erfolgen, obwohl einige Mitgliedstaaten offen gegenüber dem Einsatz staatlichen Kapitals sind. Die relevanten Finanzierungsinstrumente sollen schnellstmöglich umgesetzt bzw. angepasst werden. Hierzu zählen die TEN-Energie-Verordnung, die Vorschriften über staatliche Beihilfen im Energiebereich sowie Strukturfonds, Projektanleihen und

2014/president/news/archives/2013/05/pdf/energy_de.pdf.

6 COM(2013) 169 final:
http://ec.europa.eu/energy/consultations/doc/com_2013_0169_green_paper_2030_de.pdf.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

MICHAEL HERRMANN

Mai 2013

www.kas.de/bruessel

Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank (EIB). Unter Einbeziehung konkreter Umsetzungsvorschläge zum Grünbuch zur Klima- und Energiepolitik bis 2030 werden sich die Staats- und Regierungschefs im März 2014 erneut mit dieser Thematik befassen.

3) Diversifizierung der Energieversorgung:
Bei den Vorgaben zur Diversifizierung der Energieversorgung ist die EU nur begrenzt Handlungsfähig, da die Wahl der Energieressourcen gemäß Art. 194 Abs. 2 Satz 3 AEUV zur Kompetenz der Mitgliedstaaten gehört. Unter Achtung des nationalen Energiemixes, sollen EE ausgebaut und gleichzeitig deren Kostenwirksamkeit erhöht werden.

Bei den Energielieferanten beabsichtigen die Staats- und Regierungschefs eine zweiteilige Strategie: Zum einen sollen heimische Energiequellen besser genutzt und zugleich der externen Dimension der EU-Energiepolitik Rechnung getragen werden. Beides beinhaltet offene Fragen: Soll beispielsweise das in Europa umstrittene Fracking genutzt werden, um an bislang unerreichbare Vorkommen von Schiefergas und -öl zu gelangen? Frankreich hat diese Fördertechnik bereits 2011 verboten, während die polnische Regierung sie vermehrt nutzt. Der zweite Aspekt bezieht sich auf die große Importabhängigkeit generell und insbesondere der von russischen Gaslieferungen. Wie kann diese reduziert werden? Das Nabucco-Pipelineprojekt der EU zur Erschließung kaspischer Erdgasvorkommen unter der Umgehung Russlands hatte zuletzt mehrere Planungsrückschläge erlitten. Eine bessere Koordinierung der Zusammenarbeit gegenüber Nicht-EU-Energielieferanten wird daher angemahnt und soll noch vor Ende 2013 überprüft werden.

4) Steigerung der Energieeffizienz: Da der weltweite Wettbewerb um Energieressourcen weiter zunimmt und die Energiepreise stetig steigen, erlangen Energieeinsparungen ein enormes Potential zur Kostenminde rung. Als wichtigster Meilenstein gilt die Durchführung der Richtlinien zur Energieeffizienz. Weiterhin werden die Ökodesign- und Energielabelrichtlinien genannt. Die

Kommission soll diese bis Ende 2014 überprüfen. Einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Energieeffizienz können ebenfalls intelligente Netze (smart grids) und Zähler (smart meter) leisten. Derartige Maßnahmen und Programme sollen verstärkt geför dert werden.

Kommentar

Aufgrund des Charakters der Schlussfolgerungen im Energiebereich – politische Leitlinien für eine mittel- bis langfristige Neuausrichtung –, der umfassenden Vorbereitung und der daraus resultierenden, allgemeinen Zustimmung, gab es kaum Konfliktpotential. Festzuhalten ist, dass der Fokus auf die Schaffung von Wirtschaftswachstum und weg von Klimaschutzz Zielen gelegt wurde. Die hervorgehobene Nennung der Umsetzung des dritten Energiepakets verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf. Hier sind die Mitgliedstaaten in der Pflicht, zu zeigen, dass sie bereit sind ihre Bekenntnisse umzusetzen.

Ob die erwähnten Instrumente ausreichen um die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise zu gewährleisten, muss sich zeigen. Acht der größten europäischen Energieversorger, darunter E.ON und RWE, bezweifeln dies: Sie beklagen in einem Appell an die Staats- und Regierungschefs eine fehlende langfristige Investitionssicherheit und fordern u.a. die Schaffung von Kapazitätsmärkten und die Garantie des CO2-Markts. Geäußert wird weiterhin der Wunsch nach der Nutzung von Fracking in Europa. Ähnlich äußerte sich zu vor Oettinger: Trotz der breiten Ablehnung in den Mitgliedstaaten hatte dieser unmittelbar vor dem Gipfel in einem Interview mit der Welt EU-weite Regeln hierzu in Aussicht gestellt und das Potential hervorgehoben. Dies dürfte wiederum die Diskussion um den am Wochenende von der Bundesregierung vorgestellten Gesetzesentwurf anfeuern: Fracking soll zwar, außer in Wasserschutzgebieten und unter strenger Kontrolle der eingesetzten Chemikalien, in Deutschland grundsätzlich erlaubt sein. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist aber Voraussetzung für eine Förderung mit diesem Verfahren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

MICHAEL HERRMANN

Mai 2013

www.kas.de/bruessel

Bezüglich zusätzlicher Finanzierung und Schaffung eines positiven Investitionsklimas wird der Europäische Rat unter Umständen von seinem Beschluss zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 eingeholt werden: Um einen Kompromiss zu ermöglichen, wurden die Mittel für die Connecting Europe Facility gekürzt.⁷

Insgesamt wird sich in den nächsten Monaten zeigen müssen, ob die wirtschaftsfreundliche Ausrichtung der Energiepolitik Bestand haben wird.

b) Steuerpolitik

Im Bereich der Steuerpolitik vereinbarten die Staats- und Regierungschefs eine stärkere Kooperation bei der Bekämpfung von Steuerflucht, Steuerbetrug und aggressiver Steuerplanung durch Unternehmen.

Hintergrund

Die Diskussionen fanden im Rahmen einer in den Mitgliedstaaten und auf internationaler Ebene geführten Debatte über den Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen statt: In mehreren EU-Mitgliedstaaten hatten prominente Fälle von Steuerhinterziehung (Stichworte Hoeneß, Offshore-Leaks) oder Steuerflucht (Depardieu) den Handlungsbedarf deutlich gemacht und den Druck der öffentlichen Meinung noch mal spürbar erhöht. Kurzfristig bekannt gewordene Fälle von Steuervermeidungsstrategien großer Unternehmen, die von Schlupflochern oder Sonderregelungen in einzelnen EU-Mitgliedsländern profitieren (zuletzt der Fall von Apple in Irland), verliehen der Debatte zusätzliche Dringlichkeit.

Auf internationaler Ebene haben zuletzt die USA den Kampf gegen Steuerflucht angesetzt und unter anderem die Schweiz zu einem verstärkten Informationsaustausch gedrängt. Seit 2012 hatten im Rahmen des Foreign Account Tax Compliance Acts (FATCA) mehrere EU-Mitgliedstaaten bilaterale Datenaustauschabkommen mit den USA

vereinbart. Im April hatten die Finanzminister Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens (sog. G5) angekündigt, bis zum Jahresende untereinander eine „europäische Version“ von FATCA einzuführen.

Mehrere Staats- und Regierungschefs hatten vor dem Gipfel entschlossenes Handeln gegen Steuerflucht gefordert – mitunter auch unter dem Druck prominenter Fälle im eigenen Land: Zuletzt hatte der innenpolitisch unter Druck stehende französische Staatspräsident Francois Hollande ein entschiedenes Vorgehen auf europäischer Ebene gefordert. Selbst der britische Premier David Cameron hatte kurz vor dem Gipfel noch die britischen Überseeterritorien wie die Kaimaninseln, die Jungferninseln, Anguilla und die Turks & Caicos-Inseln aufgefordert, ihre Transparenz zu erhöhen und internationale Protokolle zum Informationsaustausch zu unterzeichnen. Schließlich wurde am 14. Mai die Thematik beim Treffen der EU-Finanzminister kontrovers diskutiert.

Das Thema wurde kurzfristig auf die Agenda gesetzt, um das politische Momentum und den starken Rückhalt der öffentlichen Meinung in dieser Frage zu nutzen, um sich auf verbindliche Maßnahmen und Fristen für die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht zu einigen. Im Vorfeld des Gipfels hatten van Rompuy und Barroso mit deutlichen Worten zu ehrgeizigen Beschlüssen aufgerufen. So betonte van Rompuy, dass Steuergerechtigkeit und die Bekämpfung von Steuerbetrag entscheidend für die Akzeptanz von Maßnahmen zur Haushaltssolidierung in der Bevölkerung seien. Zudem entgingen dem europäischen Fiskus durch Steuerhinterziehung und -vermeidung jedes Jahr rund eine Billion Euro (das entspricht dem gesamten EU-Haushalt für sieben Jahre). Barroso erinnerte vor dem Gipfel daran, dass die Kommission zahlreiche Instrumente auf den Weg gebracht habe, diese von den Mitgliedstaaten aber entweder nicht genutzt oder gar blockiert würden.

Schlussfolgerungen

Schwerpunkte des Ratsgipfels waren die Verbesserung des automatischen Informati-

7 Länderbericht zum ER am 07.-08.02.13:
<http://www.kas.de/bruessel/de/publications/33469/>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

MICHAEL HERRMANN

Mai 2013

www.kas.de/bruessel

onsaustausches auf europäischer wie internationaler Ebene, der Einsatz der EU in internationalen Foren und die Bekämpfung des Mehrwertssteuermissbrauchs (in der Mehrheit der Mitgliedstaaten liegt die Abschöpfungsquote bei unter 50%). Fragen der Steuerharmonisierung (Körperschafts- und Unternehmenssteuer) standen nicht auf dem Programm.

In zahlreichen Punkten bestand Einigkeit. Konkret einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf folgende Schritte (und stützten damit weitgehend die Beschlüsse der Finanzminister vom 14. Mai):

1) Grundsätzliche Einigung über den Ausbau des automatischen Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten. Insbesondere Italien und Spanien hatten das als Priorität bezeichnet. Die Kommission will zudem die Richtlinie zur Stärkung der Verwaltungszusammenarbeit noch im Juni überarbeiten. Diese soll über Zinserträge hinaus auch weitere Einkünfte umfassen. Zudem begrüßten die Staats- und Regierungschefs die Bemühungen auf internationaler Ebene (G8, G20-Gipfel und OECD). Großbritannien, das beim kommenden Treffen der G-8 am 17./18. Juni den Vorsitz führen wird, hat bereits Fortschritte beim Kampf gegen Steuerflucht zur Chefsache erklärt. Anfang September steht das Thema auch auf der Agenda des G20-Gipfels.

2) Nachbesserung der Zinsbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Andorra und Monaco. Der Durchbruch war nach zweijährigen Verhandlungen bereits beim Treffen der Finanzminister gelungen.

3) Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung gemäß dem Aktionsplan der Europäischen Kommission. Hier sollen die Mitgliedstaaten Prioritäten für konkrete Folgemaßnahmen aufstellen. Allerdings wird kein konkretes Datum genannt.

4) Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs: Die Europäische Kommission schlug bereits im Juni 2012 einen Schnellreaktionsmechanismus bei Mehrwertsteuerbetrug vor. Diese und die bereits im 2009 vorgeschlagene

Richtlinie zur Umkehrung der Steuerschuldnerschaft soll noch unter der irischen Ratspräsidentschaft verabschiedet werden. Insbesondere Großbritannien, Italien und Dänemark hatten auf eine rasche Verabschiebung gedrängt.

5) Vorlage einer überarbeiteten Richtlinie über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften durch die Kommission noch in diesem Jahr.

6) Verabschiedung der dritten überarbeiteten Geldwässcherichtlinie bis zum Jahresende.

Weitere Absichtserklärungen: die Staats- und Regierungschefs stellten die Stärkung des Verhandlungskodex für Unternehmensbesteuerung in Aussicht. Darüber hinaus erklärten die Staats- und Regierungschefs auf internationaler Ebene gegen Gewinnverlagerung und schädliche steuerliche Maßnahmen einzutreten. Im Rahmen des Oktoberrats, der sich mit der Digitalen Agenda beschäftigen wird, wollen die Staats- und Regierungschefs auch über die Besteuerung der digitalen Wirtschaft sprechen.

Strittig war – wie schon beim Treffen der Finanzminister – die geplante Verschärfung der Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen, die den Austausch von Bankdaten über Zinsgewinne regelt. Österreich und Luxemburg hatten beim Treffen der Finanzminister ihre Zustimmung mit dem Resultat der Verhandlungen über neue Steuerabkommen mit der Schweiz und anderen Nicht-EU-Staaten verbunden. Grund für dieses Junktum: Wien und Luxemburg befürchteten Nachteile gegenüber diesen Finanzplätzen. Im Falle Österreichs spielten auch die Nationalratswahlen im September eine Rolle. Während der sozialdemokratische Bundeskanzler Werner Faymann vor dem Gipfel eine Einigung befürwortete, äußerte sich die ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter ablehnend. Luxemburg blieb beim Gipfel bei seinem Standpunkt, Österreich sprach sich für eine Einigung noch vor Jahresende aus. Auf der anderen Seite drängte das Gros der Mitgliedstaaten auf ein klares Signal. Der Kompromissvorschlag sieht nun sowohl die von Luxemburg geforderte Parallelität als

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

MICHAEL HERRMANN

Mai 2013

www.kas.de/bruessel



Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Europabüro Brüssel

11, Avenue de l'Yser
B-1040 Brüssel
Belgien

Telefon
+32 2 7430 743
Telefax
+32 2 7430 749
E-Mail
eukas.bruessel@kas.de

auch eine konkrete Frist für die Einigung vor. Die Richtlinie soll „im Lichte“ der Fortschritte bei den Steuerabkommen bis zum Ende des Jahres angenommen sein.

Eine umfassende Bestandsaufnahme aller lancierten Maßnahmen wollen die Staats- und Regierungschefs im Dezember vornehmen.

Kommentar

Europäische Aufrufe zum Kampf gegen Steuerflucht und Steuerbetrug sind nichts Neues. Das Thema kam in den vergangenen Jahren mehrfach bei Ratsgipfeln und Ministertreffen zur Sprache – von der Kommission auf den Weg gebrachte Instrumente wurden allerdings häufig nicht genutzt oder im Rat von einzelnen Mitgliedstaaten blockiert.

Wie groß der Wille zu mehr Zusammenarbeit tatsächlich ist, wird sich in den kommenden Monaten, spätestens im Dezember zeigen – u.a. am Beispiel der wichtigen Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen. Eine Einigung zum Jahresende scheint möglich. Einiges spricht für eine grundsätzliche Trendwende. Erstens konnte bei einigen wichtigen Punkten in den vergangenen 10 Tagen ein Durchbruch erzielt werden (Mehrwertsteuer, Mandat für Verhandlungen mit Drittstaaten). Zweitens steht der Gipfel in einer Reihe von Vereinbarungen zu mehr Koordination auf europäischer (G5-Initiative) wie internationaler Ebene (FATCA, OECD). Drittens haben die Länder, die häufig auf die Bremse traten (Luxemburg, Österreich) durchaus erkennen lassen, dass sie grundsätzlich zu mehr Zusammenarbeit bereit sind. So hat der christdemokratische Premier Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, bereits angekündigt, dass sein Land auf Dauer das Bankgeheimnis für EU-Ausländer aufgeben werde. Der Diskurswechsel in den vergangenen Monaten ist bemerkenswert. Das grundsätzliche Einlenken Österreichs und insbesondere Luxemburgs in der Frage der Transparenz ist ein wichtiger Schritt. Ähnliches gilt für die Aufrufe Großbritanniens an seine eigenen Offshore-Zentren.

In den vergangenen Jahren wurde das Potential von mehr europäischer Koordination bereits deutlich: Nach Angaben der Europäischen Kommission haben sich die im Rahmen der Betreibungsrichtlinie grenzübergreifend eingetriebenen Steuerbeträge mehr als verzehnfacht.

Der Gipfel war zudem die Möglichkeit für die Staats- und Regierungschefs europäische Handlungsfähigkeit zu einer Frage zu demonstrieren, über die es in weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit(en) – anders als Maßnahmen zur Eurokrise oder zur Haushaltkskonsolidierung – Konsens herrscht. Hier sind die Vorteile von „mehr Europa“ leichter vermittelbar. Eine konsequente Umsetzung der Beschlüsse ist mithin auch ein wichtiger Test für die Glaubwürdigkeit der EU sowie der Staats- und Regierungschefs. Die geplanten Maßnahmen könnten einen wichtigen Beitrag zur Haushaltkskonsolidierung leisten. Dennoch darf der Fokus auf Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung von Unternehmen nicht Strukturreformen und Sparmaßnahmen in den Mitgliedstaaten ersetzen.

c) Weitere Themen

Syrien: Kurzfristig rückte auf Betreiben Großbritanniens die aktuelle Lage in Syrien auf die Agenda. Im Beisein der Hohen Vertreterin Catherine Ashton tauschten sich die Staats- und Regierungschefs informell vor der Anfang Juni in Genf stattfindenden von den USA und Russland initiierten Syrien-Konferenz zu den aktuellen Entwicklungen im Land aus. Im Gegensatz zum Märzgipfel wurde die Frage des Waffenembargos nicht diskutiert.

Künftige Zusammensetzung der Kommission: Die Gipfelteilnehmer sprachen am Rande darüber, dass die Anzahl der Kommissare nach der Europawahl im Mai 2014, anders als in Art. 17 Abs. 5 des EUV vorgesehen, nicht verringert werden soll. Nach dem Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 würde die Kommission dann aus 28 Mitgliedern bestehen. Dafür ist noch ein einstimmiger Beschluss des Europäischen Rats nötig.